

Überlandwerk Rhön – Geschichte

Die Überlandwerk Rhön GmbH ist eine zu 100 % kommunale Gesellschaft. Gesellschafter sind die mit elektrischer Energie belieferten Städte, Gemeinden und zum Teil Landkreise in der bayerischen, hessischen und thüringischen Rhön sowie die Überlandwerk Fulda AG mit 2,6 % im Rahmen des Stammkapitals der hessischen Gesellschafter.

Das Unternehmen betreibt seit seiner Gründung neben der Stromversorgung einen umfangreichen Installationsbetrieb sowie den Handel mit elektrotechnischen Waren und zugehörigem Servicebereich. Insgesamt beschäftigt die Überlandwerk Rhön GmbH heute ca. 200 Mitarbeiter.

Weitschauende Politiker hatten nach Beendigung des 1. Weltkrieges die Gründung des Überlandwerks am 29.03.1920 mit Sitz in Fladungen vollzogen, nachdem andere mögliche Investoren die Rhön für nicht attraktiv genug befunden haben.

Stellungnahme des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 26.11.1923: „Es ist zu befürchten, dass die Rhönbevölkerung diese Anlagen nicht nutzen und sie noch auf Jahre hinaus brach liegen lassen würde. Denn mit der Stromzufuhr allein ist es nicht geschehen, da die Bewohner der Gegend bei dem gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung des Kreises kaum in der Lage sind, den Strom abzunehmen. Hierzu befindet sich die Landwirtschaft sowie die Industrie auf einer zu niedrigen Stufe.... Es fehlt zur Zeit an den Vorbedingungen, ohne die auch der beste Ausbau des Stromverteilungsnetzes wertlos ist.“

Dabei lag es, bedingt durch die geografische Lage von Fladungen, nahe, dass sich 47 Gemeinden des bayerischen Bezirks Mellrichstadt, des damals preußischen Kreises Gersfeld, des weimarischen Verwaltungsbezirks Dermbach und des thüringischen Kreises Meiningen an der Gründung beteiligten. Weitere Gemeinden beteiligten sich als Gesellschafter in der Folgezeit.

Als Stromquelle dienten zunächst die Kraftwerke des Kali-Konzerns Wintershall bei Dorndorf im Landkreis Eisenach. Später erfolgte die Stromlieferung für das ganze Gebiet aus dem Kraftwerk Breitung an der Werra, welches im Besitz der Thüringischen Elektrizitätslieferungsgesellschaft Gotha stand. Im Jahr 1952 wurde die Lieferung elektrischer Energie aus dem Kraftwerk Breitung kurzfristig eingestellt, als sich die nach dem 2. Weltkrieg geschaffene Zonengrenze im Zuge der weiteren Spaltung unseres Landes immer mehr zum Eisernen Vorhang verdichtete.

Im Vorfeld der Einstellung der Stromlieferung aus dem Kraftwerk Breitung gingen zum 1. Januar 1950 die seinerzeit 59 thüringischen Gesellschaftergemeinden im Zusammenhang mit der Neuordnung der sowjetischen Besatzungszone in die zonale Verwaltung über.

In dem Schreiben des Energiebezirks Süd vom 15. Oktober 1949 wird ebenfalls festgestellt, dass gemäß §5 unseres Gesellschaftsvertrages Geschäftsanteile unserer Gesellschafter unveräußerlich sind. Dies war die Grundlage dafür, dass nach der Wiedervereinigung die Stromversorgung in den verloren gegangenen Gemeinden wieder aufgenommen werden konnte. Eine angemessene Vertretung der damaligen Ostzone im Aufsichtsrat des Unternehmens wurde ebenfalls gefordert.

Weiterhin wird in diesem Schreiben darauf verwiesen, dass durch den Übergang der Geschäftsanteile auf die zonale Verwaltung die Versorgungsverhältnisse des betroffenen Gebietes nicht berührt werden. Briefauszug: „Die Arbeit Ihres Unternehmens ist von Ihnen so fortzusetzen, dass durch die Übernahme keinerlei Störungen insbesondere in der Verteilung eintreten.“

Die Lage des Versorgungsgebiets an der Nahtstelle zwischen Ost und West brachte somit nicht nur im Strombezug erhebliche Schwierigkeiten, sondern auch in der Belieferung der Stromkunden

Zu diesem Zeitpunkt wurden auch aus DDR-Gebiet kommende Versorgungsleitungen gekappt. Hierdurch wurden einzelne Ortschaften bis zu acht Tage von der Versorgung getrennt.

Um die Versorgung der Kunden in der bayerischen und hessischen Rhön nach Einstellung der Stromlieferung aus Thüringen weiter zu gewährleisten, mussten in kürzester Zeit neue Versorgungsleitungen aus dem hessischen Bereich von der Überlandwerk Fulda AG (ÜWAG) und aus dem bayerischen Bereich von der Überlandwerk Unterfranken AG (ÜWU) gebaut werden.

Um einen Notbetrieb während dieser Zeit der Neuordnung aufrecht zu erhalten, wurden die 20.000 Volt-Notverbindungen zu ÜWAG und ÜWU aktiviert und notdürftig verstärkt. Mit Großkunden wurden Vereinbarungen über versetzte Pausenzeiten getroffen, um während der Spitzenzeiten ein Zusammenbrechen des Versorgungsnetzes zu vermeiden. Nur durch diese partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit konnten große Versorgungsunterbrechungen vermieden werden.

In einer einmaligen Leistung wurde in wenigen Wochen eine 30.000 Volt Leitung mit mehr als 20 km Länge von Bad Kissingen in unser Umspannwerk nach Bad Neustadt gebaut. Diese Leistung war sowohl eine technische als auch finanzielle Herausforderung, die an die Grenze des Möglichen ging.

In den folgenden Jahren wurde durch weitere Investitionen (u.a. Bau eines weiteren Umspannwerkes) das strukturschwache und weitläufige Gebiet der Rhön netztechnisch weiter ausgebaut, so dass jederzeit eine zuverlässige Versorgung gewährleistet ist.

Nach zähen Verhandlungen nach der Grenzöffnung werden seit dem 01. Oktober 1993 die thüringischen Gesellschaftergemeinden in dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen und dem Wartburgkreis wieder durch das ÜWR versorgt. Dies war auch ein Verdienst der uneingeschränkten Unterstützung der thüringischen Gesellschafter, deren Gesellschafteranteile in den 41 Jahren der Trennung treuhänderisch von der Lastenausgleichsbank in Bonn- Bad Godesberg betreut wurden, wodurch die Gesellschaft ununterbrochenen Bestand hatte.

Heute liegt der jährliche Stromfluss durch das Netz der ÜWR bei über 400 Millionen Kilowattstunden bei einer Höchstlast von ca. 72 Megawatt. In der seit der Gründung betriebenen Stromversorgung, dem Installationsbetrieb und dem Handel ist die ÜWR heute ein bedeutender Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in der Region, der stets am Bedarf seiner Kunden ausgerichtet ist.